

# Opel im Spannungsfeld imperialer und globalkapitalistischer Interessen

der Tragödie vorläufig letzter Akt, Teil 2

Von Hermann Patzak

General Motors und die US-Regierung hätten Opel gerne im US-Eigentum behalten. Die italienische Fiat-Gruppe wollte sich das „Schnäppchen“ nicht entgehen lassen. Der chinesische Staatskonzern BAIC meldete seine Begehrlichkeit an und Rußlands Automobilindustrie und Finanzkapital verbündete sich mit dem kanadischen Zulieferer Magna, um in den Besitz des begehrten Objektes zu kommen. Und Deutschland?

Die beiden von der Deutschen Regierung abgeordneten Vertreter<sup>1</sup> im Beirat der Opel-Treuhand wandten sich an die Öffentlichkeit und lamentierten, daß bei der Verkaufsentscheidung an das Magna - Konsortium keine kaufmännischen, sondern politische Aspekte den Ausschlag gegeben hätten. Sie fanden den Beifall der deutschen Medien! Auch die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ meinte mangels eigener fundierter Meinung, sich der öffentlichen Schelte anschließen zu müssen. So geht das nicht, diese Plaudertaschen machen sich alles zu einfach. Wir wollen den Dingen auf den Grund gehen:

Die Deutsche Regierung hat 65 Prozent des Eigentums an den Opel-Werken in eine Treuhand-Gesellschaft überführt. Bei den Betriebsangehörigen und in der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, daß damit der Weg frei sei für eine Verselbständigung von Opel. Das ist aber nicht der Fall: GM bleibt mit 35 Prozent Opel-Eigentümer und behält zusätzliche sämtliche Patente und Lizenzen, die bei Opel in Deutschland entwickelt worden sind. Von dem Rest in Höhe von 65 Prozent gibt die Treuhand jetzt 55 Prozent an das kanadisch – russische Konsortium Magna-Sberbank ab. Die restlichen 10 Prozent sollen die Arbeitnehmer bekommen, indem sie auf einen Teil ihrer zukünftigen Löhne verzichten.

Im Ergebnis bleibt festzustellen: Opel erhält zusätzliche neue Eigentümer und verbleibt weiterhin fest im Eigentum des internationalen Kapitals!

## Ist das Gerangel um Opel ein Politikum oder nicht?

Oder sind die Vorgänge nur unter ökonomisch-kaufmännischen Gesichtspunkten zu bewerten – so wie es die beiden deutschen Beiräte in der Treuhandgesellschaft gefordert haben?

Die Wirtschaftswissenschaften umfassen die Fachbereiche Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, wobei letztere auch einmal Nationalökonomie oder Politische Ökonomie genannt wurde. Allein die beiden letzten Begriffe machen deutlich, daß Entscheidungen im Wirtschaftsleben gleichzeitig politische Entscheidungen sind. Die Dogmatik des Liberalismus wollte den Eindruck erwecken, als seien nur die Entscheidungen der Privatwirtschaft ökonomisch. Für den Staat sahen sie nur die Aufgabe vor, den reibungslosen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens zu garantieren. Auf dieser ideologischen Denkvorgabe beruht letztendlich auch die Forderung, daß im Falle von Opel nur kaufmännische Kriterien zu berücksichtigen seien. So sollte es auch nach dem Willen der liberalen Ideologen in den deutschen Medien im Falle Opel sein.

---

<sup>1</sup> Manfred Wennemer und Dirk Pfeil.

Doch wie steht es um die betroffenen Menschen? Und welche weitergehenden Auswirkungen hat eine derartige Entscheidung auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft? Zweifellos darf man diese Fragen nicht unbeantwortet lassen. Es ist die Aufgabe der Politik, diese weitergehenden Folgen zu berücksichtigen.

Es dürfte keinen vernünftigen Menschen geben, der das bestreiten wollte. Doch die handverlesene Menge der Eliten in den deutschen Leitmedien sieht dies anders. Während wir Deutsche uns bei der Entscheidung auf allgemeine kaufmännische Aspekte beschränken sollten – so ihre Forderung – gestehen sie allen anderen Staaten und Regierungen der Welt das legitime Recht zu, ihre besonderen politischen und nationalen Interessen geltend zu machen. Und gerade im Falle des „Sein oder Nichtsein“ von Opel sind die politischen Absichten und Ziele anderer Staaten in einer Deutlichkeit hervorgetreten, die nicht zu übersehen war. Die Medien in Deutschland haben darüber auch berichtet und sie sahen darin auch eine Selbstverständlichkeit. Dem eigenen Volk aber wollen sie diese Selbstverständlichkeit nicht zugestehen. Ein kleine Auswahl dieser einseitigen Wahrnehmung der Realität soll dies belegen:

Die US-Regierung hatte bekanntlich in dem GM-Insolvenzverfahren 61 Prozent des Eigenkapitals von GM übernommen und das Gerücht in Umlauf gebracht, sie wolle sich in die Verkaufsverhandlungen nicht einmischen. Doch diese Legende ist unvereinbar mit den Fakten, die danach berichtet wurden: Als Hauptgrund für die lange Zeit hartnäckige Weigerung des Verwaltungsrates von GM (10 von 13 Mitgliedern stellt die US-Regierung), den Treuhandanteil von Opel an das Konsortium Manga – Sberbank zu verkaufen, galt die „[Verquickung](#)“ von Magna mit der staatlichen russischen Sberbank<sup>2</sup>. Man befürchtete, daß Opel allein der Sanierung der technisch rückständigen russischen Autoindustrie dienen soll, auch seien die Opel – Patente zum Teil von militärischem Nutzen. Es ist also ganz offensichtlich, daß man den Verkauf an Magna in den USA aus politischen Gründen offensichtlich nicht wollte. Weiter schreibt Christoph Ruhkamp, der Verfasser des Artikels, „eine Einlenkung auf den Wunschkandidaten Magna könne die Bundeskanzlerin nur erreichen“, wenn sie die US-Regierung darum bitten würde. Damit gesteht der Verfasser ein, daß die ursprüngliche Weigerung, an Magna zu verkaufen (1) politisch motiviert war und daß (2) eine politische Intervention der Kanzlerin notwendig wäre, um den Verkauf an Magna zu erreichen. Deutlicher kann man gar nicht zugeben, daß bei diesem Verkauf primär politische – nicht kaufmännische – Motive im Vordergrund standen und daß man sehr wohl Verständnis für die politischen Motive der Amerikaner hat.

Als sich der Verwaltungsrat von GM am 24.08.2009 zum wiederholten Male geweigert hatte, dem Verkauf an das Magna – Konsortium zuzustimmen, triumphierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „*Das Aufsichtsgremium positioniert sich damit genau so, wie es sich die [amerikanische Regierung](#) als neue Mehrheitseigentümerin von GM wünscht: als eine aktive und engagierte Instanz, die vor der Konfrontation mit dem Management nicht zurückschreckt. Der Verwaltungsrat von GM ist im Zuge der Insolvenz völlig umgekrempelt worden. Der Verwaltungsrat habe nun außerdem vom Management mehr Klarheit über die künftige Strategie von GM in Europa gefordert, sollte die Kontrolle über Opel abgegeben<sup>3</sup> werden*“. Klarer kann sich eine Zeitung nicht selbst widersprechen, wenn sie einmal die angebliche politische Enthaltensamkeit der US-Regierung lobt und sich dann darüber freut, daß sie den Verwaltungsrat in ihrem Sinne besetzt und mit den gewünschten Vorstellungen instruiert hat. Auch hier billigt sie der

---

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.08.2009 Seite 14.

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2009 Seite 12.

US-Regierung zu, was sie der deutschen Regierung schwer ankreidet: die politische Einflußnahme.

Die Hartnäckigkeit, mit der Kanzlerin Merkel und die zuständigen Minister ihrer Regierung auf der einmal getroffenen Entscheidung beharrten – an Magna zu verkaufen – scheint letztendlich auch die US-Regierung verblüfft zu haben. Ob diese Unbeirrbarkeit auch ohne die bevorstehende Bundestagswahl angehalten hätte, steht auf einem anderen Blatt. Den von US-Instruktionen gelenkten deutschen Medien war es trotz erkennbarer Anstrengungen nicht gelungen, einen Meinungswandel bei den deutschen Durchschnittsbürgern herbeizuführen. Sie solidarisierten sich mit Opel und den Opel-Mitarbeitern und die Verweigerungshaltung von GM und der US-Regierung erschien ihnen in immer schlechterem Licht. Das war der eigentliche Grund, warum die US-Regierung letztendlich dem GM-Verwaltungsrat grünes Licht geben mußte, in den Verkauf an Magna einzuwilligen. Auch die Obama - Regierung lief Gefahr, nach dem immensen Ansehensverlust, den das Bush-Regime mit seinen weltweiten Befreiungskriegen ausgelöst hatte, in Deutschland weiter an Ansehen zu verlieren. Das konnte sie sich nicht leisten.

Die nächste Raketenstufe, mit denen die medialen Hilfstruppen in Deutschland die US-Interessen stützen wollten, zündete nicht mehr. Man kolportierte das Gerücht, daß die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen in Gefahr seien. Das hatte in der Vergangenheit immer seine Wirkung gezeigt, mit der Deutsche Regierungen zum Beigeben gezwungen wurden. Doch diesmal ging der Schuß nach hinten los. Die USA brauchen die Deutschen als Hilfstruppen für ihre imperialen Feldzüge, die sie allein nicht mehr finanzieren und gewinnen können. Nicht die Deutsche Regierung, sondern die US-Regierung sah sich veranlaßt, nachzugeben.

„Es ist halt doch noch Verlaß auf unseren großen Bündnispartner“ wird es jetzt heißen und das soll uns einiges Wert sein. Die Deutsche Regierung hat nach außen ihren Willen durchgesetzt. Doch sie wird dafür Tribut zahlen müssen, genauer gesagt die Soldaten, die Deutschland für die weltweiten Einsätze zur „Verteidigung unserer Freiheit“ weiterhin in den Krieg schicken wird.

Die Frage, ob Opel durch den Weiterverkauf an einen weiteren internationalen Kapitaleigner gerettet werden kann, ist damit nicht gelöst. Sie hat nichts damit zu tun, daß die Bundesregierung ihr Gesicht gewahrt hat. Ob Magna als künftiger Kompagnon von GM die Geschäfte von Opel besser führen wird ist fraglich. Die Frage, ob Opel in den Händen deutscher Kapitaleigentümer nicht besser aufgehoben wäre, wurde gar nicht gestellt.

Lesen Sie weiter in „Teil 3 der Tragödie vorläufig letzter Akt“: Dabei werden die betriebswirtschaftlichen Aspekte und die volkswirtschaftlichen Folgen des Weiterverkaufs von Opel unter Aufsicht eines „deutschen Treuhänders“ analysiert.